

„We demand our rights!“

Die Proteste der Flüchtlinge, Asylsuchenden und Unterstützer_innen gehen weiter!

Überall in Europa und auch in Österreich sind Flüchtlinge gezwungen unter bedrückenden, rassistischen, unmenschlichen und unerträglichen Bedingungen zu leben. Aber es gibt Widerstand dagegen und er wird nicht aufhören, bis diese Umstände ein für alle mal abgeschafft worden sind!!!

Vom 12. bis 14. Oktober protestierten somalische Flüchtlinge vor dem Wiener Parlament, um auf die katastrophale Situation, in der sie sich befinden, hinzuweisen und um das Folgende zu fordern:

Schluss mit Dublin-II-Abschiebungen!

Für das Recht auf ein Asylverfahren in Österreich!

Schluss mit quälend langen Wartezeiten -
für schnellere Bearbeitung der Asylanträge!

Anerkennung des Asylstatus,
statt Unsicherheit,
Rechtlosigkeit und Angst.

Das **Recht auf**

Familienzusammenführung!

Uneingeschränkter

Zugang zum Arbeitsmarkt
für Asylwerber_Innen!

*Bis jetzt gab es nicht die geringste
Reaktion verantwortlicher PolitikerInnen...*



**Sa. 24. November 2012
ab 7h Traiskirchen bei Wien**

Am Samstag, den 10. November fand eine Demonstration mit Flüchtlingsprotesten in Wien und überall in Europa statt. Geflüchtete, Migrant_Innen, Asylwerber_Innen und Unterstützer_Innen protestierten gegen rassistische Asylpolitik Europas im Allgemeinen



Die meisten Geflüchteten warten jahrelang auf das Ergebnis ihres Asylantrags. Der Zugang zu grundlegenden Ressourcen, wie angemessene Ernährung, Kleidung, Unterbringung und Bildung werden extrem erschwert, besonders durch das Fehlen von kostenloser juristischer Hilfe. Die Unterbringung in isolierten und überfüllten Lagern verschärft diese Situation und nimmt Geflüchteten jede Chance auf Bewegungsfreiheit und soziale Anbindung.

Darüber hinaus sind sie der Willkür der Behörden ausgeliefert.

Österreich schiebt Menschen in Regionen ab, wo ihnen Krieg und Verfolgung droht.

In der fortwährenden Diskussion über die Unterbringung von Asylwerber_Innen tragen das Innenministerium und die Bundesländer ihre internen Konflikte auf dem Rücken der Geflüchteten aus, deren Bedürfnisse kaum berücksichtigt werden.

Die einzigen Optionen, die staatliche Institutionen Geflüchteten bereitstellen sind unmenschliche Pseudo-Lösungen, wie Unterbringung in Containerlagern oder Zwangsverlegung in abgelegene Gebiete.

Die Situation in Traiskirchen ist so unerträglich, dass die Bewohner_Innen nun ihren Protest durch einen Marsch nach Wien tragen werden.

Sie fordern:

- Ausreichendes und genießbare Essen in Traiskirchen
- Austausch aller Übersetzer_innen in Traiskirchen
- Mehr Ärzte in Traiskirchen
- Asyl innerhalb weniger Tage
- Sprachschule in Traiskirchen
- Zugang zu rechtlicher Unterstützung
- Zugang zu praktischen Berufsausbildungen

Zeigen wir unsere Unterstützung!!!

Spenden an: „Familien und FreundInnen gegen Abschiebung“,
K.Nr.: 282-146-918/03, BLZ: 20111 (Erste Bank), Verwendungszweck: „Camp“